

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Preis: 10 Pf. pro Woche, 30 Pf. pro Monat, 1.00 Pf. pro Quartal, 3.00 Pf. pro Semester, 6.00 Pf. pro Jahr. Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung. Druck- und Verlagsanstalt Auer, Leipzig.

Verlagsanstalt Auer, Leipzig. Druck- und Verlagsanstalt Auer, Leipzig.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 199

Nr. 179

Donnerstag, den 3. August 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Wie verlautet, soll die Reichsregierung beabsichtigen, die Reichsbeamten auf Grund des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik einer nochmaligen Verordnungsgebung zu unterziehen.

Nach einer Meldung des Newport Herald soll die Mehrheit der Reparationskommission in der Moratoriumsfrage auf Seiten Deutschlands stehen.

Die Botschafterkonferenz regelte gestern verschiedene Fragen über die Anwendung der Friedensverträge.

Die bekannte Führerin der Frauenbewegung und Politikerin Frau Minna C. uner ist in Berlin gestorben.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin verhältnismäßig auf 850.

Vernunft und Wahnsinn.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Das ewige Gezecke von der Lösung des Reparationsproblems hat über Nacht durch zwei Notizen eine Zuspitzung erfahren, die von weitestgehender Tragweite sein kann. Der englische Minister Balfour hat an die Regierungen Frankreichs, Italiens, Jugoslawiens, Rumaniens, Portugals und Griechenlands eine Note übermittelt, die auch dem amerikanischen Botschafter aus Gründen der Höflichkeit zur Kenntnis gebracht worden ist, worin sich Großbritannien bereit erklärt, alle ihm von den Alliierten geschuldeten Anteile und die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationen zu annullieren, wenn eine solche Politik den Teil einer befriedigenden internationalen Regelung bilden würde. Da indessen Amerika von England die Rückzahlung aller seiner Schulden nebst Zinsen verlange, so könne England nicht auf die Rückzahlung der Guthaben, die es bei seinen alliierten Schuldner habe, verzichten, wenn nicht dieser Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes zur Sichtung der internationalen Schulden bilde. Mit anderen Worten fordert also England seine europäischen Staatsschuldner auf, ihren Verpflichtungen gegen Großbritannien möglichst bald nachzukommen, damit dieses die eigenen Schulden bei den Vereinigten Staaten abzutragen imstande sei. Natürlich weiß die englische Regierung genau, daß seine europäischen Schuldner mit Einschluß Frankreichs jetzt garnicht an eine Abtragung ihrer Schulden denken können. Aber offenbar will die englische Regierung noch unmittelbar vor der Londoner Besprechung mit Poincaré der Welt klar beweisen, wohin es führt, wenn jede einzelne Macht auf ihrem Schuldigen besteht. Daneben bedeutet die englische Note selbstverständlich auch einen letzten eindringlichen Einwirkungsversuch auf Amerika, seine bisherige Haltung aufzugeben und seinerseits durch Schuldennachlaß gegenüber England eine gründliche Lösung des Reparationsproblems und damit eine Gesundung der Weltwirtschaft zu ermöglichen. Der internationale Schuldenausgleich allein kann die politische und wirtschaftliche Weltkrisis beseitigen. Werden die Vereinigten Staaten diesen mächtigen Appell an ihre Pflicht wiederum unbeachtet lassen? Wenn nein, so kann in absehbarer Zeit die Welt gesunden, bleibt dagegen Amerika hartnäckig, so erklärt die Weltkrisis eine Verschärfung, die in den nächsten Monaten schon zu unabsehbaren Katastrophen führen kann.

Dies um so mehr, als der französische Ministerpräsident Poincaré die Frage der Ausgleichszahlungen ganz offensichtlich zu einer transatlantischen Machtergreifung innerhalb der Alliierten ausgestaltet möchte. Ohne sich mit diesen zu verständigen, hat Frankreich in schärfster Form von der deutschen Regierung bis zum 5. August eine Erklärung verlangt, ob sie trotz ihres Stundungsgesuches die am 10. August fällige Rate von zwei Millionen Goldmark auf das Moratorium zahlen wolle oder nicht. Kaum hatte die deutsche Antwort darauf erwidert, daß das abhängig gemacht werden müsse von der Entscheidung über das Moratorium, das bei der Reparationskommission von Deutschland beantragt sei, da schickte Poincaré postwendend eine womöglich noch größere Note, worin er unter Androhung von Ausgleichsmaßnahmen darauf besteht, daß Deutschland bis zum 5. August die Verschönerung abzugeben habe, daß es die Pflichten von 2 Millionen Pfund Sterling am 15. August bezahlen werde. Welches die Ausgleichsmaßnahmen sein sollen, darüber berweiligt Poincaré ausdrücklich jede Mitteilung; er beschuldigt nur noch die deutschen Privatleute, daß sie

durch Ankäufe fremder Devisen die Markentwertung selbst verschuldet hätten.

Wie ist die Rechtslage? Deutschland ist in der Tat durch das Dekret vom 10. Juni v. J. verpflichtet, monatlich 2 Millionen Pfund Sterling zum Ausgleich von Vorkriegsschulden an alliierte Gläubiger zu zahlen. Es ist dieser Verpflichtung bisher regelmäßig nachgekommen. Nachdem aber die letzten gewaltigen Marktschwünge die Unmöglichkeit ergeben haben, in Zukunft neben den Reparationszahlungen auch die monatlichen Ausgleichsraten, die fast ebenso hoch sind, zu leisten, hat Deutschland für beide Zahlungsverpflichtungen je ein Moratorium verlangt. Es hat keineswegs angetündigt, daß es die Zahlungen der nächsten Termine nicht leisten wolle, es hat sich im Gegenteil erboten, statt der jetzt unmöglich hohen Raten geringere zu zahlen. Poincaré aber verlangt, daß Deutschland die Entscheidung der Alliierten, die selbstverständlich gemeinsam von ihnen getroffen werden muß, garnicht abwartet, sondern schon im voraus erklärt, den nächst fälligen Termin für die Ausgleichszahlung wahrnehmen zu wollen. Das ist selbstverständlich eine ganz unberechtigte Forderung, und sie kann um so weniger durch Strafmaßnahmen verstärkt werden, als ja Deutschland mit seinen Zahlungen überhaupt nicht in Verzug geraten ist. Das unerschrockene Verlangen Poincarés ist um so verwunderlicher, als inzwischen sowohl die belgische wie die englische Regierung offen und korrekt erklärt haben, daß sie die beiden Moratoriumsgesuche Deutschlands gleichzeitig beraten und beantworten wollen. Poincaré befindet sich also mit seiner nachsichtigen Drohnote nicht nur im Unrecht gegenüber Deutschland, sondern auch im Widerspruch mit seinen Bundesgenossen. Wenn er trotzdem in barocker Weise auf keinem Willen besteht, so kann der Grund nur darin liegen, daß er vor der Londoner Zusammenkunft Tatsachen schaffen möchte, die Lloyd George und den anderen alliierten Staatsmännern zeigen sollen, daß Frankreich auch allein und einseitig gegen Deutschland vorgehen imstande ist. Gleichzeitig soll für die Londoner Zusammenkunft ein Kompensationsobjekt geschaffen werden, um bei den dort zweifellos einsetzenden gegenseitigen Verhandlungen Frankreich eine Möglichkeit zu verschaffen, etwaige Zugeständnisse teuer zu verkaufen. Es ist also nicht so sehr der Wunsch, am 15. August die unverkäufliche Ausgleichsrate aus Deutschland herauszupressen als vielmehr der politische Beweggrund, Frankreichs Macht gegenüber den anderen Alliierten zu beweisen. Der den französischen Ministerpräsidenten veranlaßt, Sanktionen für den 5. August anzukündigen im Falle der Nichterfüllung von Zahlungen, die erst am 15. d. Mts. fällig werden.

Ist Poincarés Vorgehen auch heller Wahnsinn, so darf es doch angesichts der Machtlosigkeit Deutschlands nicht einfach mit Achselzucken hingenommen werden. Die deutsche Regierung hat deshalb alsbald ernsthafte Beratungen innerhalb der zuständigen Reichsämter und mit den Parteiführern der Regierungskoalition begonnen, um ihre Antwort auf diese letzte Herausforderung französischer Machtpolitik festzulegen.

Deutschland und Rußland.

Der Reichspräsident empfing gestern mittag den bevollmächtigten Vertreter und Botschafter der russischen Regierung Krestinski zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Bei dem Empfang war Reichskanzler Wirth als Leiter des Auswärtigen Amtes zugegen. Botschafter Krestinski führte in einer Ansprache unter Hinweis auf den Vertrag von Rapallo aus, daß die Wiederherstellung der früheren regen Handelsbeziehungen im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues der beiden Länder notwendig erscheine. Als weiterer Schritt auf dem Wege der Förderung der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen wäre der Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Deutschland und Rußland und den ihm verbündeten Republiken wünschenswert. Der Botschafter schloß seine Ausführungen mit Wünschen für das Gedeihen der deutschen Republik und für das Wohlergehen des deutschen Volkes. Der Reichspräsident betonte in seiner Erwidderung das aufrichtige Bestreben der deutschen Regierung, den wirtschaftlichen Aufbau der beiden Länder nach Kräften zu fördern. Der Vertrag von Rapallo, der nur friedlichen Zwecken diene, entspreche der besten Erkenntnis. In diesen Bestrebungen, die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu festigen, könne Rußland der Unterstützung der deutschen Regierung versichert sein. Es sei aber notwendig, Hierbei die in Deutschland herrschenden Wirtschaftsverhältnisse zu berücksichtigen. Mit Dank für die Wünsche Krestinskis schloß der Reichspräsident seine Rede.

Der widereinstandene Jacta.

Mit Sängen und Märgen ist endlich das neue italienische Kabinett zustande gekommen, und wenn man es bei Nichtbesteht, so gleicht es dem vorangegangenen fast aufs Haar, wenigstens in seinen wichtigsten Besetzungen. Die beiden Männer, die den Anstoß zur Entstehung der Krise gaben, Facta und Schanzer, sind in ihre vorherigen Stellungen zurückgekehrt, der erstere als Ministerpräsident, Schanzer als Außenminister. Die schwere innere Krise des Landes, die sich in der die Staatsgewalt aus Willehms herabstürzende Mobilisierung der Faschisten und in einer ansehenden Scheitern der Generalfreiwirtschaftsbewegung ausdrückt, hat eine radikale Lösung der Regierungskrise verhindert und lediglich zu einer Umbildung des Kabinetts geführt. Es blüht schließlich auch nichts anderes übrig, nachdem so ziemlich alle in Betracht kommenden Persönlichkeiten den Auftrag zur Kabinettsbildung abgelehnt hatten, über damit gescheitert waren. Die ursprünglich beabsichtigte Lösung, eine von den beiden Parteien getragene Regierung zu schaffen, die die Krise herbeiführte hatten, den Sozialisten und Popularen, hätte angesichts der allfälligen Entschlossenheit der Faschisten, einer solchen Regierung mit Waffengewalt gegenüberzutreten, die Entseffung des Bürgerkrieges bedeutet. Wahrscheinlich hat auch die nicht bevorstehende Londoner Konferenz diese Lösung der Krise, die kaum eine Lösung für die Dauer sein wird, beschleunigt. Italien erwartet bekanntlich von dieser Konferenz allerlei für seine Orientierung. Es ist anzunehmen, daß darauf auch die Wiederernennung Schanzers als Außenminister zurückzuführen ist, da Schanzer bei Genua in einem besonderen Vertrauensverhältnis mit Lloyd George steht. Da sich an dem Charakter der Politik des neuen Kabinetts Facta nichts geändert hat und es nach wie vor, unter Ausschluß der Faschisten und Sozialisten, von denselben Parteien wie das alte getragen ist, und auch fast alle Ressortminister im Amte bleiben, dürfte nunmehr auch die Ratifikation des Abkommens über den deutschen Besitz geschehen sein.

Die Kohlentribute und das deutsche Volk.

W. W. Für die breite Masse des nicht zahlenden und wirtschaftsfindigen Volkes ist es schwer, Fragen richtig zu beurteilen, die mit Millionenfiguren zu tun haben. So hat auch die kürzlich erfolgte Festsetzung der von Deutschland im nächsten Vierteljahr zu leistenden Kohlentribute öffentlich keinen erkennbaren Eindruck gemacht. Die Zahlen sind aber ernst genug, um alle mit der Not rinaenden Schichten unseres Volkes zu interessieren. In den Monaten Mai, Juni und Juli hatten wir auf Anfordern der Reparationskommission monatlich 1 915 000 Tonnen zu liefern, das bedeutet mehr als 1/4 der gegenwärtigen Kohlenförderung im Ruhrgebiet. Gleich nach Festsetzung der letzten Kohlentribute wurde den Kohlenreiche Oberschleßens endgültig den Polen übergeben. Selber haben die Zuzuhren obereschleßischer Kohle in das übrige Reich gänzlich gestockt. Durch den Verlust Oberschleßens und durch den Rückgang der Förderung im Ruhrgebiet erfuhr die gesamte Kohlenproduktion Deutschlands einen Rückschlag um mehr als 3 Millionen Tonnen im Monat. In dieser Notlage richtete die Reichsregierung an die Reparationskommission die Bitte, ihr die Erfüllung der Lieferungsverpflichtungen in britischer Kohle zu gestatten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Grund hierfür ist in folgendem zu suchen: In Amerika besteht seit Monaten, ein festiger Bergarbeiterstreik, der zu einer völligen Stockung der Kohlenaufgabe und sogar zu einem bedenklichen Kohlenmangel in Amerika selbst geführt hat. Die britische Kohle muß daher in Westeuropa, Asien und Afrika den Ausfall an amerikanischer Kohle wettmachen. So kam es, daß der britische Vertreter in der Reparationskommission keinen Einspruch dagegen erhob, daß Deutschland gezwungen wurde, seine Lieferungsverpflichtungen aus eigener Produktion zu decken. Es konnte nicht ausbleiben, daß bei dem sich verschärfenden Mangel auf dem Kohlenmarkt die Preise für britische Kohle zu steigen begannen. Noch vor wenigen Monaten konnten deutsche gewerbliche Unternehmen britische Kohle zu erträglichen Preisen beziehen. Nach der Preiserhöhung in London und besonders nach der ungeheuren Entwertung des deutschen Geldes in den letzten Wochen, kommen für zahlreiche Unternehmen Kohlenkäufe aus England nicht mehr in Betracht.

Die deutsche Regierung hatte im Hinblick auf die im hohen Grade kritische Kohlenlage des Reiches die Ermäßigung der monatlichen Ablieferungen um 800 000 Tonnen erbeten. Dies würde eine monatliche Lieferung